

Landesweite Kampagne zum Thema Mindestlohn



„M-V ist ein Niedriglohnland, auch in der Tourismusbranche. Das muss sich endlich ändern! Diese Aktion war mutig und hat unseren Protest gegen menschenunwürdige Löhne deutlich zum Ausdruck gebracht.“
(Steffen Bockhahn)

Drei Uhr: Das ist auch für eine politische Kampagne früh. Da der Zweck aber unter bestimmten Umständen bekanntlich die Mittel heiligt, war die Uhrzeit für DIE LINKE Mecklenburg-Vorpommern kein Hindernis. Mit einer spektakulären Aktion auf der Rügenbrücke machte DIE LINKE erneut darauf aufmerksam, dass es in der Tourismuswirtschaft immer noch keine Mindestlöhne gibt.

Prekäre Beschäftigung, Unterbezahlung an der Grenze zur Sittenwidrigkeit und deren Folgen wie Abwanderung junger Menschen und Überalterung sind ein großes Problem für MV.

Darum braucht MV den Mindestlohn in der Hotellerie und Gastronomie. Denn nur er sorgt für eine stabile Bevölkerungsentwicklung, einen wachsenden Binnenmarkt, mehr Steuereinnahmen für die Kommunen und ist das einzige Mittel um der drohenden Altersarmut entgegenzutreten.

In dieser Ausgabe

Seite 2 : Editorial
Seite 3 : Wagenknecht in HRO
Seite 4/5 : Kandidat_innen
Seite 6 : Kreisparteitag
Seite 7 : Löhne u. Energie
Seite 8/9 : Veranstaltungen
Seite 10/11: Leserbriefe

Seite 11 : Aktion in Rostock
Seite 12/13: Mosaiklinke
Seite 13 : Literaturtipp
Seite 14 : Altenparlament
Seite 15 : Termine
Seite 16 : AG Geschichte

Liebe Leserinnen und Leser,

Im Juli werden sich Friedensaktivisten auf den Weg ins Heilige Land machen, ein Rostocker Genosse wird sie begleiten: Hikmat al-Sabty. Im Falle seiner Rückkehr wird er im nächsten Klartext über seine Reise berichten.

Im letzten Editorial sprach ich von der Stasikeule, die immer wieder gegen uns geschwungen wird. In den vergangenen Wochen war es zur Abwechslung die Antisemitismuseule, mit der DIE LINKE in die Extremistenecke gestellt werden sollte. Auch vom Zentralrat der Juden. Keine Partei spricht so offen aus, dass die Außenpolitik Israels die Verletzung von Menschenrechten und den Bruch des Völkerrechts zu ihrem Leitprinzip erhoben hat. Wir sollten uns auch weiterhin nicht scheuen, Israels Politik auf das Schärfste zu kritisieren. Aber rational und sachlich. Und die Maßstäbe, die wir hier anlegen,

müssen für jeden Staat gelten. Erst Recht für unseren eigenen.

Der nächste Klartext wird Mitte August erscheinen und noch einmal für den Wahlkampf mobilisieren. In diesem Heft stellen sich ein paar der Rostocker Kandidatinnen und Kandidaten für den Landtag noch einmal vor. Auf den Seiten 10 und 11 findet Ihr zudem eine Auswertung der „Landesbasiskonferenz“ in Teterow. Es ist gut, dass wir das Gespräch miteinander suchen – und die Diskussionen zeigen, dass unsere Partei so lebendig ist wie nie zuvor. Nutzen wir diesen Energieschub für den Wahlkampf! Der Rostocker Landesparteitag am 13./14. August wird uns hoffentlich noch weiteren Schwung verleihen.

Viel Vergnügen beim Lesen wünscht
Carsten Penzlin

KLARTEXT online

Brennstäbe im Rostocker Seehafen: Caffier handelt grob fahrlässig

14.06.2011: Allein dieses Jahr sind 21 Atom-Transporte über das Stadtgebiet der Hansestadt Rostock abgewickelt worden, berichtete die Ostsee-Zeitung. Sowohl die Rostocker Bürgerschaft als auch der Hafenchef und die Hafendarbeiter wurden nicht darüber informiert. Obwohl es einen Beschluss der Rostocker Bürgerschaft gibt, der eine Sperrung des Seehafens für Atom-Transporte fordert, hat offensichtlich das Innenministerium des Landes die entsprechenden Genehmigungen erteilt.

Steffen Bockhahn, Bundestagsabgeordneter aus Rostock, kritisiert den verantwortlichen Innenminister Lorenz Caffier(CDU):

„Innenminister Caffier ist zuständig für Bevölkerungsschutz und Katastrophenabwehr. Sein Agieren in diesem Zusammenhang ist aber eine einzige Katastrophe. Dass sich E.On als Konzern über Beschlüsse der Bürgerschaft als gewählter Volksvertretung hinweg setzen will, ist schlimm genug. Die Bürgerschaft hatte als Mehrheitseigenin des Hafens beschlossen,

dass keine Atomtransporte über Rostock abgewickelt werden sollen. Dass der Innenminister das Agieren von E.On offenbar duldet und durch sein Handeln befördert, ist grob fahrlässig. Als Innenminister ist er für die Einhaltung von Gesetzen und Beschlüssen zuständig, nicht für deren Missachtung.

Wie der Katastrophenschutz gewährleistet werden soll, wenn der Innenminister nicht einmal den Hafen informiert, bleibt ein Rätsel. Unverantwortlich ist es schon gegenüber den Mitarbeitern des Hafens, die nicht wissen, welche Fracht sie da verladen sollen. Völlig versagt der Minister aber, wenn es darum geht, Vorbereitungen für den Ernstfall zu treffen. Wenn die beteiligten Stellen nicht informiert sind, verzögert sich der Einsatz im Ernstfall. Das ist gerade bei Atomtransporten unverantwortbar. Transparenz und Offenheit sind Voraussetzung für wirksamen Schutz der Bevölkerung. Hier hat Caffier völlig versagt.“

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE.Rostock
Geschäftsstelle Rostock
Stephanstraße 17
18055 Rostock
Telefon: 0381-4920010
Telefax: 0381-4920014
E-Mail: info@dielinke-rostock.de
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE.Bad Doberan
Geschäftsstelle Bad Doberan
Marktstraße 1
18209 Bad Doberan
Telefon: 038203-62391
Telefax: 038203-62180
E-Mail: dbr@die-linke-mv.de
Internet:
www.dielinke-baddoberan.de

Kreisvorstand DIE LINKE.Güstrow
Geschäftsstelle Güstrow
Markt 34
18263 Güstrow
Telefon: 03843-687311
E-Mail: guestrow@die-linke-mv.de

Redaktion:
Edeltraud Crepon,
Maren Haase, Lars Kulesch,
Dr. Carsten Penzlin, Jörn Schulz,
Katharina Schlaack

Internet:
www.klartext.linkspartei-rostock.de
E-Mail: redaktionklartext@yahoo.de

Layout:
Andreas Reinke

Stadtdruckerei Weidner
Auflage: 1.300

Spendenkonten der LINKEN:

Bad Doberan: KNr: 1015583 BLZ: 13061128 Raiffeisenbank	Rostock: KNr: 430002084 BLZ: 13050000 OSPA-Rostock
---	---

Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwährende Kürzungen vor. Die vollständige Fassung eines gekürzten Beitrages erscheint in der Online-Ausgabe des KLARTEXT, sofern sie frei von persönlichen Diffamierungen und Beleidigungen ist.

Abonnement:
2,00 € pro Monat
(Spende + Versandkosten)

Wer möchte eigentlich noch im Kapitalismus leben? Sahra Wagenknecht in Rostock

Auf Einladung von Ida Schillen kam am 23. Mai Sahra Wagenknecht nach Lütten Klein. Sie las aus ihrem Buch „Freiheit oder Kapitalismus“, dessen Erscheinen einigen Staub aufgewirbelt hatte. Die Autorin macht nämlich nicht mehr allein Marx und Lenin zu Kronzeugen ihrer Kapitalismuskritik, sondern auch bekannte Vordenker der Liberalen wie Friedrich von Hayek. Dieser war bekanntlich der wichtigste Antipode von John Maynard Keynes. Und Keynesianer haben wir doch mittlerweile einige in der LINKEN.

Was man von den Liberalen lernen kann? Dass der Kapitalismus mittlerweile völlig außer Rand und Band ist. Das Bild, das Sahra im Vorwort ihres Buches von der kapitalistischen Gesellschaft zeichnet, ist sehr düster (und erinnert an die Kapitalismusanalyse im Programmentwurf). Der Kapitalismus ist alt, krank, unproduktiv. Er versagt ökologisch, bringt kaum noch Innovationen hervor, er zerstört die Mitte der Gesellschaft und den sozialen Zusammenhalt. Der ursprüngliche Gedanke der „Sozialen Marktwirtschaft“ ist tot, die ursprüngliche Idee des reinen Unternehmertums wurde abgelöst durch den Shareholder-Value-Wahn. Das hätten zum Beispiel die Ordoliberalen

(deren ausführendes Organ Ludwig Erhard war) nicht im Sinn gehabt, als sie ihr Modell einer nichtsozialistischen Wirtschaftsordnung entwarfen, so eine zentrale Aus-

sage im Buch „Freiheit oder Kapitalismus“. Ein origineller Ansatz von Sahra, der allerdings Fragen aufwirft. Dass der Kapitalismus in Richtung finanzmarktgetriebener Kapitalismus entartet ist, kann nicht geleugnet werden. Da ist es richtig, den (Neo-)Liberalen einen Spiegel vorzuhalten. Ist es aber unsere Aufgabe, den

Ist das Buch ein Angebot Sahras an das bürgerliche Lager, wie einige Journalisten vermuten? Der Ansatz des Buches lädt jedenfalls zu Missverständnissen ein.

Wenn Sahra vom „kreativen Sozialismus“ spricht, von einem Sozialismus ohne das Korsett der Planwirtschaft, entwirft sie aber ein Zukunftsbild, das sich weiterzu-

entwickeln lohnt. Ihr „kreativer Sozialismus“ fordert, Wirtschaftsmacht durch Enteignung zu brechen und das verbreitete Gefühl der Ohnmacht und Resignation mit Hilfe eines schlüssigen Konzeptes einer alternativen Wirtschaftsordnung zu überwinden, anstatt weiter das Elend zu verwalten. Dies schließt laut Sahra die Verwendung von Begriffen wie „Leistung“ und „Wettbewerb“ mit ein, weil nun mal die meisten Menschen in diesen Kategorien denken. Kein schlechtes Mittel, wenn wir nicht nur die eigenen Genossen erreichen wollen.

Sahas bildhafte Sprache kam zumindest an diesem Abend beim Publikum sehr gut an. Genauso wie die Forderung, auf den Begriff „Sozialismus“ nicht zu verzichten, weil sich in ihm am ehesten kristallisiert, dass wir eine Alternative haben.

Das Buch von Sahra ist zum Solidaritätspreis von 19,95 EUR im Buchhandel erhältlich.

lich.

Text und Foto: Carsten Penzlin



PROTEST!

SOZIALKAHLSCHLAG STOPPEN



Vorstellung der Rostocker Kandidat_innen zur Landtagswahl 2011

Regine Lück

Liebe Leserinnen und Leser des Klartextes,

die meisten von euch kennen mich, doch möchte ich den Klartext nutzen um mich noch einmal bei euch vorzustellen, insbesondere aufgrund des bevorstehenden Wahlkampfes.

Mein Name ist Regine Lück. Ich wurde am 30. März 1954 in Koserow auf Usedom geboren. Seit 56 Jahren lebe ich in Rostock. Ich bin verheiratet und habe zwei erwachsene Töchter.

Nach der Polytechnischen Oberschule wurde ich Fachverkäuferin und qualifizierte mich später im Centrum Warenhaus Rostock zur Leiterin der Verkaufsförderung.

Ich arbeitete beim Rat des Bezirkes als stellvertretende Abteilungsleiterin Jugend und Sport. In Potsdam-Babelsberg studierte ich Staats- und Rechtswissenschaften und schloss mit einem Diplom ab.

Nach 1989 wurde ich Außendienstmitarbeiterin im Großhandelshaus TESTRUT Berlin und später Ausbilderin in der Ge-



sellschaft für Beruf und Bildung Rostock.

Seit 2002 bin ich Mitglied des Landtages Mecklenburg-Vorpommern und Sprecherin für Wohnungs- und Baupolitik sowie Arbeitsmarktpolitik; von 2002 bis 2006 war ich stellvertretende Vorsitzende der PDS-Fraktion und von 2009 bis 2010 stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. Seit 2010 bin ich Parlamentarische Geschäftsführerin meiner Fraktion. Weil die Arbeit vor Ort für mich sehr

wichtig ist, bin ich seit 1998 in der Rostocker Bürgerschaft. Ich bin Aufsichtsratsvorsitzende der Großmarkt GmbH Rostock und leite das Forum Arbeitsmarktpolitik.

Ich möchte ein Land, in dem die Menschen im Mittelpunkt stehen und nicht der Profit; ein Land, in dem die Schere zwischen Arm und Reich nicht täglich größer wird. Das heißt: Arbeit für alle, die arbeiten wollen und menschenwürdige Bedingungen für alle, die ohne Lohnarbeit sind. Ich stehe für eine Wirtschaftsförderung, die gut bezahlte Arbeit schafft, für einen flächendeckenden Mindestlohn von 10 Euro und für den Erhalt und Ausbau der kommunalen Unternehmen und der Daseinsvorsorge.

Ich mache mich stark für eine gute Bildung und Ausbildung für alle Jugendlichen. Das beginnt in der Kita setzt sich fort über längeres gemeinsames Lernen und den Erhalt von Kultur- und Sozialeinrichtungen. Lebensnotwendiges, wie Strom und Wasser, gehören in öffentliche Hand. Wohnungen müssen bezahlbar sein.

Lars Kulesch

Ich bin Lars Kulesch, 28 Jahre alt, Vater



eines Sohnes und studierter Medientechniker. 2004 bin ich in die PDS eingetreten, weil ich die soziale Ungerechtigkeit in unserem Land als lähmend empfinde und diese überwinden möchte.

In der Politik mache ich mich für Familien stark. Ich möchte, dass wir in Mecklenburg-Vorpommern kostenlose Kindergartenplätze haben, denn für mich sind Kindergärten Orte des Lernens und Bildung muss kostenlos sein.

Ich möchte auch, dass die sogenannte Work-Life-Balance, das Verhältnis von Arbeits- und Lebenszeit sich zugunsten der Familien gestaltet. Viele Erwachsene möchten sich heute intensiv mit ihren Kindern beschäftigen, oder ihre eigenen

Eltern pflegen. Aufgaben, die nicht bezahlt werden, aber für die Gesellschaft sehr wichtig sind. Hier müssen sich die Unternehmen im Land entwickeln und familienfreundliche Arbeitszeitmodelle etablieren. Dies kann die Politik unterstützen und fördern und dafür will ich mich einsetzen.

Im Bereich Medien ist mir vor allem die Förderung der Medienkompetenz wichtig. Dazu bedarf es medienpädagogischer Angebote vom Kindergarten an. In den Schulen müssen Medien stärker eine Rolle spielen, damit die jungen Menschen einen kompetenten Umgang mit Medien lernen.

Carsten Penzlin

Politik bewegt mich seit etwa 20 Jahren. Die meiste Zeit davon aber eher passiv, als kritischer Beobachter ohne Faible für eine bestimmte Partei. DIE LINKE erschien mir schließlich als die einzige Partei, die sich den gesellschaftlichen Fehlentwicklungen entgegenstellte. Aus purer Überzeugung, ohne taktische Winkelzüge. Also rein in die LINKE, mal sehen was passiert. Das war im November 2008. Ein halbes Jahr später kandidierte ich bei der Kommunalwahl, verpasste zwar den Einzug in die Rostocker Bürgerschaft, wurde aber Sachkundiger Einwohner im Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus. Fortan saß ich auch im Ortsbeirat Stadtmitte. Im März 2010 wurde ich Stellvertreter des neuen LINKE-Kreisvorsitzenden Prof. Wolfgang Methling. Seine Mahnung, DIE LINKE müsse grüner werden, nahm ich mir zu Herzen. Heute bin ich einer der Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft Nachhaltige Entwicklung.

Ich sehe mich als Generalisten, der auf

vielen Politikfeldern seine Ideen einbringen will. Ganz besonders am Herzen liegt mir aber die Verknüpfung von sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit. Die Natur ist (neben den Menschen) der größte Schatz von Mecklenburg-Vorpommern. Diesen Schatz zu plündern, wie es die derzeitige Landesregierung zu tun pflegt, ist unverantwortlich. Wir brauchen wieder klare ökologische Linien, die nicht zu Gunsten kurzfristiger Profite überschritten werden dürfen. Als besonders faszinierend empfinde ich die Perspektiven für unsere regionale Wirtschaft und die Schaffung tausender Arbeitsplätze in den Bereichen Tourismus, Erneuerbare Energien und Landwirtschaft. Hier schlummert ein Potenzial, das wir aktiv erschließen müssen, um die ökonomische und soziale Zukunft von M-V zu sichern. Dafür möchte ich mich als Partner für die Menschen in Mecklenburg und Vorpommern anbieten.

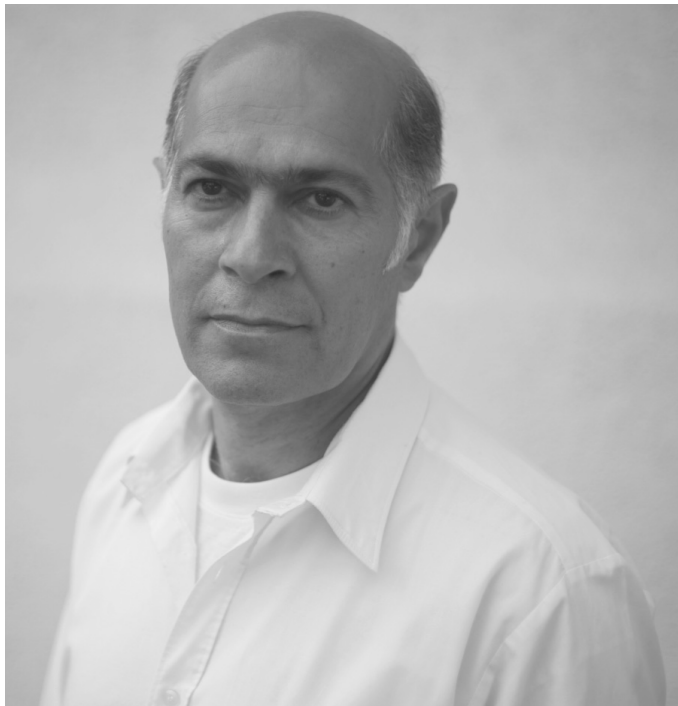
Zu viele Menschen in M-V werden aus der Gesellschaft ausgegrenzt und von der Po-



litik allein gelassen. Nicht zuletzt deshalb sehe ich im Öffentlichen Beschäftigungssektor eine Möglichkeit, das ungelöste Problem der Langzeitarbeitslosigkeit anzupacken. Dafür will ich genauso streiten wie für absolute Chancengleichheit im Bildungswesen – von der Krippe an.

Hikmat Al-Sabty

Ich wurde am 01.07.1954 in Nassiriah / Irak geboren, wo ich meine schulische Ausbildung absolvierte. Wohnhaft bin ich in Dalwitzhof 2F, 18059 Rostock. Ich bin Ende 1980 nach Deutschland eingereist



und bat um Asyl.

Ich bin verheiratet und habe 2 Kinder (18 und 16 Jahre). Ich habe Agrarwissenschaft in Sulaimania (Irak), Göttingen und

Bonn studiert.

Ich bin selbständiger vereidigter Dolmetscher und Übersetzer für Arabisch.

Ich bin Mitglied der Partei DIE LINKE seit dem 09.01.2007. Als sachkundiger Einwohner vertrete ich die Fraktion seit 2009 im Kulturausschuss und weiß, wie wichtig die Kultur als Grundstein für lebendige Demokratie ist. Mit meinem Ensemble „ourud elmahabbe“ mache ich mit Professor Hartmut Möller (HMT) Orient-Okzident-Musik, zum Beispiel orientalische Vertonung einiger Texte aus dem „West-Östlichen-Diwan“ von Johann Wolfgang von Goethe.

Meine selbständige Tätigkeit als Sprachmittler und meine ehrenamtliche Tätigkeit im Migrantenrat brachte mir viele positive Erfahrungen, was die Kommunikation zwischen der deutschen und den arabischen Kulturen an-

betrifft.

Meine Schwerpunkte:

- Förderung der Kunst- und Kulturprojekte.
- Erwecken und Fördern der Interessen

der Kinder für Kunst, Musik und Theater.

- Stärkung der ländlichen Räume, der Landwirtschaft und des Verbraucherschutzes.

- Förderung der landwirtschaftlichen Betriebe mit ökologischen Leistungen.

- Freier Zugang zu Informationen über Lebensmittel.

- Keine Landwirtschaftsindustrie und großen Tiermastbetriebe.

- Entwicklung, Kommunalisierung und Dezentralisierung der erneuerbaren Energie.

- Förderung der Integration durch verpflichtende Sprachkurse.

- Bekämpfen von Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit.

- Chancengleichheit in der Bildung und der Arbeit.

Ich bin Mitglied der folgenden Verbände:

- des Kulturausschusses der Bürgerschaft, des Landes- und Kreisvorstandes,

- des Vorstands des MigrantInnenrats Rostock (MIGRO),

- des Vorstands des Landesverbands M-V für Dolmetscher und Übersetzer,

- des Fördervereins LOHRO,

- der Bürgerinitiative Bunt statt braun e.V. und

- des Vereins „Freunde und Förderer Volkstheater Rostock e.V.“

Mehr erfahren Sie unter:

www.ourud-elmahabbe.de

www.al-sabtydolmetscherbüro.de



Kreisparteitag in Rostock

Am 10. Juni traf sich der Rostocker Kreisverband zum Parteitag im Waldemarhof. Neben der Wahl der Delegierten zum Landesparteitag stand die Vorbereitung des Wahlkampfes zur Landtagswahl im Vordergrund. Rostock ist eine Hochburg der LINKEN in M-V, und diese Hochburg gelte es zu verteidigen, forderte der Kreisvorsitzende Prof. Wolfgang Methling. Das einstimmig beschlossene Wahlprogramm biete jedenfalls eine hervorragende Grundlage dafür. Wolfgang dankte den Rostocker Genossinnen und Genossen für ihren Einsatz und mahnte für den Wahlkampf ein geschlossenes Auftreten an. Wolfgang Methling berichtete auch über

die Arbeit des Parteivorstandes, den er als arbeitsfähig bezeichnete. Nach dieser guten Nachricht folgte eine kritische Aussprache zu diversen Themen. Hans Conrad erinnerte die Delegierten und Gäste in bewegenden Worten daran, dass wir im Krieg leben. Dies müsse der Bevölkerung noch viel bewusster gemacht werden. Christian Pahlig kritisierte den Beschluss der Bundestagsfraktion zum Umgang mit Israel. DIE LINKE solle sich nicht an die deutsche Staatsräson „Israel hat immer Recht“ anbieten. Christine Lehnert griff wieder in die Programmdiskussion ein und forderte rote Haltelinien. Ein „Andienen an die SPD“ könne keine Antwort auf die

Krise der Gesellschaft sein. Ida Schillen forderte ebenfalls klare Haltelinien und verteidigte den überarbeiteten Programmentwurf.

Schließlich diskutierte der Parteitag noch über einen Antrag gegen die Privatisierung der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung. Der Antrag wurde bei einer Gegenstimme und drei Enthaltungen angenommen. Auf dem Parteitag wurde auch Wolfgang Bergt feierlich für seine jahrelange Arbeit als Klartext-Chefredakteur gedankt. Der passionierte Wein-Trinker bekam u.a. einen Gutschein für sein Hobby überreicht.

Text: Carsten Penzlin

Stopp der Privatisierung der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung! Staatliche Betriebe finanziell stärken und umfassend demokratisieren!

Beschluss des Kreisparteitages vom 10. Juni 2011 - Rostock

Der Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer, CSU, will die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes als öffentliche Trägerin der Daseinsvorsorge in ein privatwirtschaftliches Unternehmen umwandeln. Im Endstadium der Reform will der Bund nur noch eine Vergabe- und Kontrollfunktion übernehmen. Bis dahin sollen alle Flüsse in eine Rangfolge gebracht werden, je nachdem wie viele Tonnen Güter auf ihnen transportiert werden. Nur das am meisten befahrene Wasserstraßennetz soll noch selbst betrieben werden; die anderen würden als unwirtschaftlich erklärt und entweder im Bestand erhalten, verkehrssicherungspflichtig beobachtet, stillgelegt oder auf Dritte übertragen werden. Die volkswirtschaftliche, ökologische und trinkwasserschutzrelevante Bedeutung der Wasserstraßen wird bei dieser Umstrukturierung völlig vernachlässigt, und die regionalen Kenntnisse hydrologischer und geologischer Gegebenheiten gehen mit dem massiven Personalabbau verloren: bundesweit sind von über 13.000 Beschäftigten 6.000 Arbeitsplätze bedroht; allein in Rostock sind es 50 Kolleginnen und Kollegen, die in der Verkehrszentrale Warnemünde, auf dem Bauhof, auf dem

Warnemünder Stützpunkt und am Mühlen-dammwehr bzw. an der Schleuse arbeiten. Die Privatisierung der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung ist ein Schritt zum Abbau staatlicher Aufgaben der Daseinsvorsorge und Entdemokratisierung unserer Gesellschaft. Mit jedem abgebauten Arbeitsplatz geht ein tarifgebundener Arbeitsplatz verloren, werden betriebliche Mitspracherechte und parlamentarische Einflussmöglichkeiten ausgehebelt. Der Kreisverband der Linken Rostocks fordert die Bundesregierung auf, die Privatisierung und den bevorstehenden Arbeitsplatzabbau sofort zu stoppen. Die sozialistische Alternative zu dieser Umverteilung zugunsten privater Dritter ist die finanzielle Stärkung des öffentlichen Haushaltes. Zu unserem linken Steuerkonzept gehören die Besteuerung der Konzerne, der Reichen, der Finanztransaktionen und die Schließung der Steueroasen. Der Kreisverband der Linken Rostocks setzt sich dafür ein, gesellschaftlich relevante Aufgaben und Betriebe in öffentlicher Verantwortung zu führen und diese umfassend zu demo-

krisieren. Der Kreisverband der Linken Rostocks solidarisiert sich mit den Beschäftigten der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung und wird sie bei ihren Kämpfen aktiv unterstützt.



Foto: W. Broemme / pixelio.de

Das Mindeste: Löhne von denen die Menschen leben können!

Mecklenburg-Vorpommern ist eines der Länder mit dem geringsten Netto-Einkommen pro Kopf in der gesamten Bundesrepublik. Die Verelendung ganzer Landstriche, eine überdurchschnittliche Arbeitslosenquote und nicht zuletzt ein katastrophales Bildungssystem lassen dieses Bundesland besonders die Auswirkungen neoliberaler Verwertungslogiken spüren.

Am ersten Mai 2011 trat die sogenannte Arbeitnehmerfreizügigkeit der EU in Kraft. Dies bedeutet, dass jeder EU-Staatsbürger innerhalb der Europäischen Union die Möglichkeit hat, sich ohne Einschränkungen einen Arbeitsplatz zu suchen. Auf den ersten Blick scheint dies zur persönlichen Freiheit aller Menschen beizutragen, doch bei genauerem Hinsehen entpuppt sich dieses Gesetz lediglich als ein Instrument der herrschenden Bourgeoisie.

In Osteuropa sind die Löhne gemeinhin niedriger, nicht zuletzt weil dort die gesamten Lebensunterhaltskosten niedriger

sind. In einer zunehmend technisierten Gesellschaft werden menschliche Arbeitskräfte nur noch sekundär benötigt. Arbeitslosigkeit ist deshalb kein westeuropäisches, sondern ein globales Problem und auch die Menschen in Osteuropa sind davon betroffen. Die Öffnung des Arbeitsmarktes innerhalb der gesamten EU bedeutet zwar ein größeres Jobangebot für den/die Einzelnde/n, gleichzeitig aber auch einen zunehmenden Konkurrenzkampf der Werktätigen untereinander. Diese Konkurrenz wird nur den Unternehmern nützen, da sie damit die Löhne nahezu beliebig drücken können.

Um die Menschen kurzfristig vor den perfiden Geldinteressen der des Kapitals zu schützen, hilft nur ein flächendeckender Mindestlohn für Alle. Menschen dürfen nicht nach ihrem Herkunftsland bezahlt werden, sondern müssen für ihre Leistung, unabhängig von Geschlecht, Abstammung, Rasse, Sprache, Heimat, Herkunft, Glauben, religiöser oder politischer

Anschauung, entlohnt werden. So will es selbst das bürgerliche Grundgesetz der BRD im Artikel 3. Die Einführung eines Mindestlohnes ist also nichts anderes als die Umsetzung bereits seit Jahrzehnten bestehender Gesetze.

Gerade in M-V, einem Bundesland in dem viele Menschen Zukunftängste haben, weil sie keine Perspektiven für sich, ihre Angehörigen und Freund_Innen sehen, ist ein existenzsichernder Mindestlohn notwendig, um den Menschen Mut für die Zukunft geben und die Wirtschaft ankurbeln – denn nur wer Geld hat, kann welches ausgeben.

Ein Mindestlohn von 8 bis 10 Euro die Stunde entschärft soziale Konflikte und bringt den Menschen Wohlstand, eben unabhängig von Hautfarbe, Alter oder Kultur. Wir fordern daher: Gleiches Geld für gleiche Arbeit weltweit!

Mindestlohn statt Lohndumping!

Nico Burmeister

Die Zukunft der Energienetze

Der Aus- und Umbau der Energienetze ist ein wesentlicher Baustein der „Energierevolution“. Die öffentliche Diskussion ist einseitig auf die neuen Nord-Süd-Leitungen verengt, man denke nur an die Debatten über eine „Stromautobahn“ durch den Thüringer Wald. Würde man sich auch im Süden endlich anschicken, zum Beispiel Windräder zu installieren, könnte man sich diese Diskussion fast sparen.

Nun will DIE LINKE tatsächlich eine dezentrale Energieerzeugung, weil auf diese Weise das Monopol der Energiekonzerne gebrochen werden kann. Die Energie soll dort erzeugt werden, wo sie wieder verbraucht wird. Damit hat sich aber die Frage nach dem Aus- und Umbau der Netze nicht erledigt. Das wurde auch im Rahmen einer Fachdiskussion innerhalb der LAG Nachhaltige Entwicklung deutlich, die zu ihrer Sitzung in Rostock Oliver Brännich (Stadtwerke Rostock) sowie Harald Bock und Friedhelm Wolff (E.ON edis) eingeladen hatte.

Schon heute wird in Mecklenburg-Vorpommern 63 Prozent des Stroms dezentral erzeugt sowie 51 Prozent aus Erneuerbaren

Energien. Die Zahl der Anlagen explodiert weiter, insbesondere bei den Photovoltaik-Anlagen. Die Netzbetreiber sind gesetzlich verpflichtet, den hier erzeugten Strom abzunehmen. Die Vielzahl der Anlagen bringt das Netz aber an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit. Bei gutem Wind wird zu viel Strom ins Netz eingespeist. Windräder müssen abgeschaltet werden. Geld bekommen die Betreiber aber trotzdem.

Ein anderes Problem: Die Anlagen sind über das weite Land verstreut. Aufgrund der aufwändigen Raumordnungsverfahren dauert der Bau von neuen Leitungen aber bis zu zehn Jahre. Die Genehmigungsverfahren müssten deutlich beschleunigt werden, so der Wunsch an die Politik. Darüber hinaus müssen die Kosten für den Netzausbau solidarisch getragen werden: Der Netzausbau kommt zwar ganz Deutschland zugute, zur Kasse gebeten werden aber die Stromkunden in MV. Hier braucht es eine bundesweite Umlage der EEG-bedingten Anschluss- und Ausbaukosten. Das werden aber die westlichen

Bundesländer wohl zu verhindern wissen. Für die Gegner neuer Überlandleitungen gelten unterirdisch verlegte Kabel als Stein der Weisen. Sie sind es aber nicht. Sie zu verlegen, ist zwei bis dreimal so teuer, dauert sehr lange und stellt einen erheblichen Eingriff in die Landschaft dar. Reparaturen bei Kabelschäden sind zeitaufwändig. Die Kabel dürfen nicht überbaut werden, bestenfalls Landwirtschaft ist auf dem Boden über ihnen möglich. Zudem geben die Kabel Wärme ab, mit negativen Auswirkungen auf das Mikroklima im Boden.

Dr. Carsten Penzlin (Sprecherrat LAG Nachhaltige Entwicklung)





Energieversorgung der Zukunft



Der Rostocker Kreisvorsitzende Prof. Wolfgang Methling stieß auf lebhaftes Interesse, als er im Juni vor Genossinnen und Genossen aus Stadtmitte und Brinckmansdorf über das Thema „Energieversorgung der Zukunft“ referierte. Wolfgang bietet an, auch in anderen Stadtteilen über dieses Thema zu sprechen.

Text und Foto: Carsten Penzlin

Empört Euch!

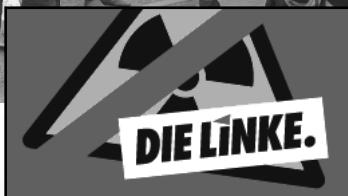


Am 15. Juni fanden im ganzen Land Solidaritätskundgebungen mit den jungen spanischen Protestierenden statt. Auf Initiative von Christine Lehnert gab es auch auf dem Rostocker Uniplatz eine solche Solidaritätsbekundung. Es sprachen Christine und Wolfgang Methling.

Text und Foto: Carsten Penzlin



Anti-Atom-Demo in Güstrow



Kulturvoll wollen wir miteinander streiten – so die Forderung eines landesweiten Mitgliedertreffens am 18.6. in Teterow. Urteilt selbst, wie viel Arbeit noch vonnöten ist, um diesem selbstgestellten Anspruch gerecht zu werden. Unsere Redaktion haben zwei Eindrücke von dieser Veranstaltung erreicht, die wir im Folgenden dokumentieren.

Die Basis wurde eingefangen

Diese Landesbasiskonferenz am 19. Juni wird mir lange im Gedächtnis bleiben. Denn solche Beratungen sind eher selten, da sie in der Regel vom Landesvorstand einberufen werden. Diese in Teterow hat den Landesvorstand außen vorgelassen, ohne ihn von der Beratung ausschließen zu wollen. Es waren Parteiaktivisten wirklich aus den BO: Heike Lorenz, Dietmar Stephan, Roland Wollenberg u.a. Sie hatten ihre Initiative begründet, veröffentlicht und fragten in die Landesrunde:

Aktive Genossen kämpfen für die Ziele unserer Partei, sind aber „unzufrieden mit der innerparteilichen Kommunikation, damit, dass unterschiedliche Meinungen nicht mehr sachlich diskutiert werden, nicht mehr ernstgenommen werden. Die Frustrationen nach dem letzten Landesparteitag und der Vertreterkonferenz haben das weiter verstärkt.“ – Meinungen und Standpunkte, die von denen der Führung der Landespartei abweichen, werden gedeckelt oder unter den Teppich gekehrt. – Soweit die Initiatoren.

Etliche Tage vor der LBK in Teterow hatte der Landesvorstand natürlich davon erfahren, sollte er auch. Nun kann man als „Kronrat“ des Landes sich dem Parteivolk unterschiedlich nähern: Man setzt sich unter die Genossen und hört ganz aufmerksam zu, nimmt Gedanken mit nach Hause und erörtert sie im Landesvorstand und hält möglichst selbst die Klappe. – Real ist es so leider nicht abgelaufen: Man setzte sich unter das Parteivolk, wirft Zwischenrufen in den Saal und – stört eigentlich. Landesvorsitzender Steffen Bockhahn fühlte sich immer wieder missverstanden. Die Hoffnung der Basis, einmal ganz einfach angehört zu werden, zerstob sehr

Eindrücke zur Landesbasiskonferenz in Teterow

„In Vielfalt geeint“. Dieses Motto der Europäischen Union könnte in wohlwollender Rückschau auf die Basiskonferenz am 18. Juni 2011 in Teterow die wesentliche Schlussfolgerung zugleich sein. Das Motto

schnell. Der Landesvorstand hatte sich auf Konfrontation eingestellt. Und deshalb wusste er auch mit der ganz ausgezeichneten Diskussion nichts anzufangen. Arnold Schönenburg sei hier genannt, der die Situation nach Göhren-Lebbin zerpfückte. – Kein Interesse! Die Mitläufer des Landesvorstands hatten schon im Vorfeld mit einem schriftlichen Einspruch, der über 60 Unterschriften trägt, die Thematik ändern wollen. Sie argumentierten:

Was wollt ihr denn? Haben wir im Land und in der Partei nicht einen „überwältigenden Rückhalt zu Wahlprogramm und zum Spitzenkandidaten?“ Ergo macht eure Kritik, die Kritik der Basis alles kaputt, was „wir“ in monatelanger Arbeit geschaffen haben. Das war eine ausgemachte Schönfärberei.

In der Diskussion wurde von Täuschung der Wähler und der Basis gesprochen. Viele Genossen seien in der letzten Zeit ausgetreten, weil sie nicht mehr daran glauben, dass die reformistische Strömung mit Ritter, Bockhahn, Holter u.a. noch zurückzudrängen sei. Andere Genossen verweigern die Unterstützung des Wahlkampfs für bestimmte Kandidaten und wollen sie auch nicht wählen.

Sind das nicht Indizien dafür, dass die Partei hier in M-V krank ist?!

Es wurde deshalb kritisiert, dass hier in M-V das Wort des revisionistisch orientierten „forums demokratischer Sozialismus“ mehr gelte, als das Wort des Parteivorstands.

Den Machern dieser LBK wurde abschließend von den Teilnehmern herzlich gedankt und die Hoffnung ausgesprochen, dass wir alle uns danach um ihre Wirkung im Land kümmern sollen und wollen.

soll zum Ausdruck bringen, dass sich die Europäer in der EU zusammengeschlossen haben, um sich gemeinsam für Frieden und Wohlstand einzusetzen, und gleichzeitig die vielen verschiedenen europäischen Kulturen, Traditionen und Sprachen den gesamten Kontinent bereichern. Parallelen zum Politikverständnis und zur Entste-

Steffen Bockhahn hatte noch ziemlich am Schluss das Wort ergriffen. Ich hatte mir gewünscht, dass er den Organisatoren und den Diskussionsrednern herzlich dankt und verspricht, die vielen Anregungen mit in den Landesvorstand zu nehmen und wieder von sich hören zu lassen. Schade, das passierte nicht. Er grübelte nach, ob diese LBK so was wie ein Dokument, Papier, Statement überhaupt beschließen dürfe.(!)

Ja, ja, liebe Organisatoren, seid künftig nicht mehr so bescheiden. Ich habe überhaupt nicht den Eindruck, dass sich der Landesvorstand nun in der Pflicht sieht. Verfahrensstreit etc. ritzt nur die Oberfläche. Wir müssen zu den politischen Knackpunkten vorstoßen. Und selbst dann ist es schwer. Ein Genosse erzählte, dass sich die LAG des fds weigerte, auf eine öffentliche Kritik zu antworten. Sie flüchtete sich in die Arme der Schiedskommission, um ihre Rechtmäßigkeit feststellen zu lassen. Sie fürchten also die Fragen der Basis und verfügen über keine Antworten und dürfen sie auch verweigern. Und da ist der Streit in der Sackgasse, die Basis kommt nicht mehr durch.

Ich sehe darin ein Indiz, dass der Revisionismus unsere Partei in M-V über den LV und weitere leitende Genossen bereits fest im Griff hat. Noch setze ich aber Hoffnung in den kommenden Bundesparteitag und die Fortsetzung der Programmdiskussion und natürlich auf die Basis und ihre Konferenz.

Hans Brandt,

Am Mühlengraben 7
19079 Banzkow

hungsgeschichte der Linken sind nicht zu übersehen. Der Meinungspluralismus ist eine Bereicherung für die Linke, die Geschlossenheit im Engagement für unsere Ziele eine Stärke. Die einhundertprozentige Zustimmung zu unserem Landtagswahlprogramm 2011 ist ein Beleg hierfür.

Leserbriefe

Die Initiatoren der Basiskonferenz wählten das Motto „Die Partei sind wir alle!“ Auch wenn sich der Aufruf sicherlich an alle richten sollte, erreichte er nur einige. Immerhin kamen ca. 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmer zusammen. Bei breiterer und vor allem frühzeitiger Verteilung der Einladung wären es sicher noch mehr gewesen. Dennoch verdienen Vorbereitung und Durchführung der Basiskonferenz durch die Initiatoren Respekt. Beim nächsten Mal wird die Vorbereitung sicher (noch) besser und in der Folge das Meinungsspektrum auch breiter werden.

Die Intention ihres Leitsatzes, noch dazu versehen mit einem Ausrufezeichen, wurde spätestens auf der Basiskonferenz klar. In den meisten Redebeiträgen machte sich Unzufriedenheit über den Landesverband im Allgemeinen und dessen Protagonisten im Besonderen breit. Meinungen würden demnach gedeckelt, unter den

Teppich gekehrt, nicht mehr sachlich diskutiert oder ernst genommen. Auch müssten das Fairplay im Umgang untereinander und die innerparteiliche Kommunikation besser werden. Diese und andere Kritiken wurden mal mehr und mal weniger sachlich und konkret, mal mehr und mal weniger zutreffend vorgetragen und diskutiert. So halten wir einige Kritikpunkte wie etwa an der parteiinternen Kommunikation für berechtigt, andere wiederum wie das (ab)wertende Stigma „Parteirechte/r“ ausgerechnet innerhalb unserer Partei für beschämend. Und um den in Teterow beschworenen Fairplay-Gedanken aufzugreifen, halten wir es auch für erforderlich, im Umgang untereinander verbal abzurüsten.

Die Einschätzungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu dieser Basiskonferenz mögen in Einzelfragen auseinander gehen, in wohl zentralen Fragen aber besteht Einigkeit. Dies kommt auch in der Erklärung

der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zum Ausdruck: „Und das wollen wir schließlich: andere für unsere Ideen und Ziele gewinnen und gemeinsam Mecklenburg-Vorpommern in diesem Sinn gestalten“. Pluralismus und Fairplay sollen dabei die Richtschnur sein. Bei all unserem Kopfschütteln zu einigen Beiträgen und Vorhaltungen gibt uns dieses Ziel Hoffnung auf einen motivierenden und am Ende erfolgreichen Wahlkampf 2011.

Nach vielen Worten sind nun Taten gefragt. Es gibt genug zu tun. Packen wir es an, in Vielfalt geeint.

Marko Schmidt
Vorsitzender des Kreisverbandes Südwestmecklenburg

Tom Michael Scheidung
Kreisverband Schwerin

IHNEN EINEN SCHÖNEN URLAUB! DER KELLNERIN EINEN GUTEN LOHN!



Im Rahmen der Landesweiten Kampagne zum Thema Mindestlohn: IHNEN EINEN SCHÖNEN URLAUB! DER KELLNERIN EINEN GUTEN LOHN! wurde das Banner durch Rostocker Aktivisten an der Eisenbahnbrücke über die **A 19** zwischen den AS Kessin und Rostock Süd befestigt.

Weitere Orte waren Wismar, Waren, Schwerin, Wolgast und zwischen Barth und dem Darß.



Für eine starke Mosaik-Linke

Liebe Genossinnen und Genossen,

vielleicht habt ihr mitbekommen: In jüngster Zeit gab es den Versuch, eine neue Landesarbeitsgemeinschaft in der Partei zu gründen. Die Motivation und das Interesse an dieser Struktur möchte ich im Folgenden etwas näher erläutern.

Die Arbeitsgemeinschaft nennt sich „Soziale Bewegung“, und im Titel dieses Textes hier steht „Mosaik-Linke“. Warum diese Begriffe?

Mit den sozialer Bewegungen sind all jene außerparteilichen Gruppen und Menschen gemeint, die bezogen auf die Realität des deutschen Kapitalismus alle diejenigen schützen wollen, die durch die Bundespolitik der vergangenen Jahre, ganz besonders nach dem schleichenden Sozialumbau und den kapitalfördernden Lösungen nach der Finanzkrise unter die Räder zu geraten drohen.

Zu denken sind dabei neben den Gewerkschaften an die globalisierungskritischen, ökologischen und Menschenrechtsbewegungen, die diversen sozialen Selbsthilfe-Initiativen und Sozialverbände, die kritischen Teile der kulturellen Linken und Intellektuellen, die Anti-Atom-Bündnisse, politische Bildungsvereine und antifaschistischen Bewegungen.

Der Begriff der „Mosaik-Linken“ wurde von Hans-Jürgen Urban (Urban 2009) geprägt und trifft meines Erachtens exakt den Kern dessen, was zum Einen Handlungsbasis für alle linksorientierten Kräfte werden sollte und worauf unter anderem die Motivation der GründerInnen der LAG beruht.

Kein linker Akteur für sich allein kann Träger einer umfassenden gesellschaftlichen Transformation sein und eine breite Veränderung erreichen. „Die Perspektive könnte in einem Kooperationsverbund kritischer Kräfte liegen, indem sich unterschiedliche Akteure, Organisationen und Individuen zusammentun und die Spezifika ihrer Handlungspotenziale zu einem politischen Projekt zusammenfügen – und dies, ohne eigene Identitäten preiszugeben. Für einen solchen Akteur wurde der Begriff der Mosaik-Linken ins Spiel gebracht. Die Metapher des Mosaiks akzeptiert, dass auch kapitalistische Gesellschaften Prozessen der sozialen Differenzierung unterliegen, aus denen eigenwillige Funktions- oder Handlungssysteme hervorgehen. In die-

sen Kontexten sind die Einzelakteure nicht nur in spezifische Akteurskonstellationen und systemische Eigenlogiken eingebunden. Zugleich haben die Gesellschaften des entwickelten Kapitalismus einen Grad an Differenzierung und damit an Komplexität erreicht, dass kein Akteur eines Teilbereiches für sich reklamieren kann, eine allumfassende Gesamtkompetenz zu besitzen oder besitzen zu können.“ (Urban 2009)

Zusammengefasst: Die aktiven verändernden Kräfte sind für sich genommen wichtig, doch einschlagende Kraft für eine breite und mögliche Veränderung können diese nur gemeinsam und auf Augenhöhe haben. Alle Akteure (Partei, Gewerkschaften, Bewegungen) sollen ihre Hausaufgaben machen, denn in ihren jeweiligen Arbeits- und Diskursfeldern sind sie sehr gut. Sie sollen nicht versuchen sich gegenseitig zu vereinnahmen, zu instrumentalisieren oder gar zu schwächen, sondern in gegenseitiger Anerkennung respektvoll einen gemeinsamen Weg beschreiten.

„Die Welten aus denen der Betriebsrat, die ATTAC-Aktivistin, der Hochschullehrer und die Vertreterin der Clean-Clothes-Kampagne kommen und in denen sie politisch sozialisiert wurden, könnten unterschiedlicher kaum sein. Gerade in der Unterschiedlichkeit der Erfahrungen, Kompetenzen und Zugänge liegt die Chance, [...] zu einem wirkungsmächtigen Korrektiv zusammenzuwachsen.“ (Urban 2009)

Welche Rolle spielt nun konkret die Partei Die LINKE?

Auch hier möchte ich Urban zitieren:

„Mit Blick auf die Förderung der Mosaik-Linken könnten ihr drei Schlüsselfunktionen zukommen:

Erstens als Vetospieler in den politischen Entscheidungsverfahren gegen falsche Weichenstellungen zu wirken und eine aktive Oppositionsrolle gegenüber den finanzmarktkapitalistischen Zumutungen wahrzunehmen.

Zweitens Impulse aus der Gesellschaft aufzunehmen, sie mit Erfahrungen, Kompetenzen und Ressourcen aus der parlamentarischen Arbeit zu verbinden und in entsprechende politische Initiativen übersetzen und – wo machbar – öffentliche Mittel, Rechtsetzungskompetenz und politische Öffentlichkeitsarbeit für politische Reforminitiativen zu nutzen.

Drittens ginge es darum, den gesellschaft-

lichen Mosaik-Akteuren Impulse und Entwürfe für kapitalismuskritische Korrekturprojekte anzubieten, die Interessenlagen der Akteure bündeln und die als Motor des Konstituierungsprozesses der Linken dienen könnten.“ (Urban 2009)

Dies klingt nun alles recht theoretisch und ambitioniert. Der Weg dorthin ist mit Sicherheit nicht leicht. Der LAG geht es im Grunde erst einmal um eine grundsätzliche Annäherung – gerade auch in Hinsicht auf die vielen Vorurteile und Widerstände gegen Parteistrukturen von Seiten der Bewegungs-Akteure.

Für ein glaubwürdiges und beteiligungsorientiertes Image der Partei sollte sich der Blick vor allem auch nach innen richten – wir müssen leben, was wir fordern. Ein Feld von Einzelgängern, denen es kaum um die Belange der Bevölkerung geht, wirkt nach außen wenig attraktiv, und wir müssen vermeiden, diesen Eindruck zu erwecken. Ich bin derzeit in einem Bündnis, deren inhaltliche Forderungen ganz nah an denen der Partei ist, doch besteht dort sehr große Distanz zu Parteien: „Wenn wir die mit einladen, wollen sie uns nur für ihren Wahlkampf benutzen.“ Die LINKE wird nicht als glaubwürdiger politischer Akteur wahrgenommen. Diese Erfahrungen sind Grund für die ständigen getrennten Aktionen.

Es gibt jedes Jahr ein alternatives Jugendcamp in Lärz. Hier kommen im Schnitt 500 Jugendliche für 5 Tage zusammen, die dort zum Großteil das erste Mal über gesellschaftliche Probleme reden, in Workshops etwas über Alternativen zum Bestehenden diskutieren und Organisation in Aktionen ausprobieren. Die LINKE ist bei solcherart Aktionen kaum präsent – sei es als Bildungsakteur, der mit Leuten ins Gespräch kommt, ohne eine Wahlkampfredde zu halten oder die Fahne zu schwingen.

Es sei noch einmal betont, dass hier nicht nur den Bewegungen und der Interessenvermittlung der Menschen geholfen werden soll. Auch unsere Partei als solche kann durch eine Öffnung viel gewinnen, sowohl hinsichtlich des inhaltlichen Profils als auch im Hinblick auf neue Mitglieder, die sich dann eher parteipolitisch engagieren wollen und die viele Kompetenzen und neue Ideen mitbringen. Denn: Das Problem mangelnden politischen Nachwuchses ist kein allgemein gesellschaftliches, im Gegenteil, eine Vielzahl junger Menschen sind auch in unserem Land

politisch aktiv, aber eben nicht in unserer Partei! Sie sind aktiv in Bereichen, die zum großen Teil Elemente unseres Parteiprogramms sind: Sie engagieren sich gegen die Hartz-Gesetze, für bessere Bildungszugänge für alle Schichten, für mehr Mitbestimmung in dieser Gesellschaft, für den Atomausstieg und den nachhaltigen Umbau der Wirtschaft des Landes. Der Mangel an jungen Aktiven ist ein grundsätzliches Problem der LINKEN selbst, es kann nicht auf allgemeine Politikverdrossenheit reduziert werden, denn die jungen Menschen sind aktiv. Und nicht zuletzt werden Wahlen auch von Sozialen Bewegungen entschieden, wie Stuttgart-21 und die Anti-Atom-Bewegung in Baden-Württemberg bewiesen haben.

Wir sind nun Leute, die auch aus solchen Zusammenhängen kommen und schon immer vor allem ehrenamtlich politisch aktiv waren, aber eben auch um die große Bedeutung einer parlamentarischen Vertretung linker Politik wissen. In unserem Engagement in der LINKEN möchten wir unseren Hintergrund nun nutzen, um eine breit aufgestellte, kooperative und vor allem linke Bewegung zu fördern.

Ziele der LAG sollen deshalb sein:

- Vernetzung. Partei und soziale Bewegungen teilen in der Praxis viele konkrete Ziele, und gemeinsam lässt sich effi-

zienter an der Umsetzung arbeiten.

- Hegemonie. Wenn linke Politik als breite Strömung mit verschiedenen Akteuren gedacht wird, dann fördert diese eine bessere Verankerung linker gesellschaftlicher Vorstellungen in der Bevölkerung, erleichtert den Mut zur Utopie.

- Vertretung. In Arbeitsfeldern, in denen Bewegungen und Partei politische Ziele teilen, wäre die Beschäftigung mit den Interessen und Bedürfnissen der Akteure in den Bewegungen für die LINKE eine Chance, als glaubwürdige Vertreterin dieser Interessen wahrgenommen zu werden. Dies fördert die Umsetzung der geteilten Ziele und eröffnet den aktiven Menschen die Option, auch die Arbeit in der Partei als eigenes Handlungsfeld zu entdecken.

- Solidarisierung. Gemeinsame Kämpfe von Partei und sozialen Bewegungen stärken die gemeinsame Handlungsfähigkeit und ermöglichen auch das Angehen größerer politischer Projekte. Die LINKE ist zwar im Parlament die einzige linke Kraft, jedoch nicht in der Gesellschaft. Diese Erfahrung kann auch in schwierigen Lagen Mut machen.

- Konfliktfähigkeit. Wenn politische Projekte als welche angesehen werden, die auch parlamentarisch angegangen werden, dann stärkt das die gesellschaft-

liche Auseinandersetzungsfähigkeit der Partei.

- Verjüngung. Die LINKE hat ein deutliches Nachwuchsproblem. Eine stärkere Zusammenarbeit mit anderen linken gesellschaftlichen Akteuren ermöglicht den Anschluss an moderne und progressive Milieus, erleichtert damit auch die Anschlussfähigkeit an aktive junge Menschen.

- Bildung. Aufgrund der unterschiedlichen Herkunft haben sich in den sozialen Bewegungen für ähnliche Themen sowohl unterschiedliche theoretische Argumentationslinien als auch eine andere Praxis von Bildungsarbeit, Organisation, effizienten Entscheidungsprozessen u.ä. herausgebildet. Ein Anzapfen dieser Erfahrungen kann der LINKEN für ihre eigene Arbeit viele produktive Impulse bringen.

Wir würden uns freuen, wenn ihr unsere Initiative unterstützt, wenn ihr euch einbringt und hilft, die Partei DIE LINKE und soziale Bewegungen stärker zusammen zu bringen - für die gemeinsame, kooperative Arbeit an einem starken linken Projekt im Land!

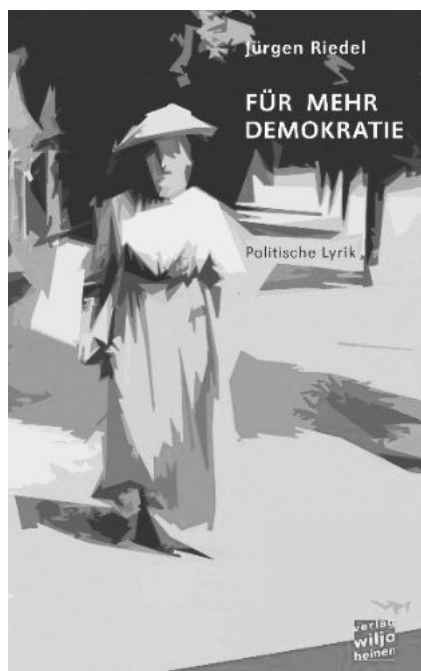
Katharina Schlaack

Literaturtipp

Jürgen Riedels neuer Lyrikband „Für mehr Demokratie“ setzt sich mit politischen Ereignissen, politischen Personen, politischen Mißständen auseinander. Dabei geht Riedel konkret, direkt und oft auch analytisch vor. Bei allem Zorn über scheindemokratische Zustände in der Bundesrepublik bleibt er in seiner sprachlich äußerst originellen und dennoch verständlichen Lyrik sachbezogen.

Ein Hauptakzent des Gedichtbandes liegt in der Betrachtung der diktatorischen und demokratischen Bestandteile von Bundesrepublik und DDR. Er kritisiert hinsichtlich der Bundesrepublik die Diktatur einer Reihe von Banken, ziemlich vieler Behörden, die nur formalistisch kontrolliert werden, und solcher Unternehmen, die trotz Riesenprofite Menschen arbeitslos machen oder unterbezahlt beschäftigen. Er kritisiert, daß im bundesdeutschen Grundgesetz nicht das Recht auf Arbeit steht. Er kritisiert, daß in der Bundesrepublik - die die demokratischen Faktoren Meinungsfreiheit und persönliche Freiheit besitzt

- eher nur formaldemokratisch Wahlfreiheit vorkommt, da sie von dominierenden, politisch rückschrittlichen Medien häufig in eine rückschrittliche Richtung gedrängt



wird. Diese Medien bringen die DDR ausschließlich mit Mauer, Stasi, Einheitsliste in Verbindung und lassen die demokratischen Seiten der DDR unerwähnt, zum Beispiel den insgesamt besseren Sozialbezug, gerade auch was die Stellung der Frau betraf, und das insgesamt bessere kulturelle Niveau, das auf - trotz gewisser Ideologie - fundierter Schulbildung und Erziehung zum Respekt beruhte.

Jürgen Riedel

Jürgen Riedel, Für mehr Demokratie. Politische Lyrik, Verlag Wiljo Heinen, ISBN 978-3-939828-64-8

VII. Altenparlament Mecklenburg-Vorpommern

Am 26. Mai 2011 fand im Schweriner Schloss im Plenarsaal des Landtages das VII. Altenparlament statt.

Das Altenparlament habe sich seit seiner 1. Tagung vor 12 Jahren einen festen Platz in der politischen Landschaft des Landes Mecklenburg-Vorpommern gesichert, hob die Präsidentin des Landtages M-V, Frau Sylvia Bretschneider, in ihrer Eröffnungsrede hervor. Dieser Meinung war ich als Delegierter des VI. und jetzt des VII. Altenparlamentes auch, bis ich abends nach der Tagung und auch später feststellen musste, dass dieses Altenparlament weder im Fernsehen noch in den Zeitungen unseres Landes eine Erwähnung erfahren hat. Darüber bin ich tief enttäuscht, und nicht nur ich, wie ich von anderen Delegierten erfahren habe.

Man schreibt und spricht oft über die Probleme der demografischen Entwicklung. In der Praxis, im täglichen Leben, wird das Älter werden der Menschen oft übersehen. Nur in der Konsumgüterindustrie und im Handel wird die ältere Generation im steigendem Maße umworben. Deshalb ist es für mich unverständlich, dass auch in unserer Partei diese Altersgruppe wenig umworben wird. Als Beispiel möchte ich nur anführen, dass die AG Seniorenpolitik in den Vorständen unseres Landes bis auf einige Ausnahmen wenig Gehör finden.

Das Altern der Gesellschaft bringt Probleme mit sich. Es ist aber keine Belastung oder Bedrohung, sondern schafft auch neue Chancen und Potenziale. Viele Seniorinnen und Senioren auch in unserer Partei DIE LINKE sind bis ins hohe Alter aktiv, leistungsbereit und leistungsfähig. Die Sozialministerin des Landes Frau Schwesig betonte auf dem VII. Altenparlament: „... Wir dürfen uns in der Diskussion um Politik

für die Senioren nicht nur auf die Themen Soziales und Gesundheit beschränken, sondern wir.... müssen das Thema sowohl aus der Sicht des noch Tätigen, des Kreativen und des Vitalen als auch aus der Sicht des auf Hilfe und Pflege angewiesenen älteren Menschen betrachten...“

Auch in unseren Strukturen, vor allen in den Basisgruppen, sollten unsere Vorstände diese Grundaussage stärker beachten und ältere Menschen Hilfestellung geben, wenn sie Hilfe und Pflege brauchen oder ins Pflegeheim ziehen. Auch in diesen Fällen sollten die Verbindungen nicht vernachlässigt werden. Die Präsidentin des VII. Altenparlamentes Frau Erika Drecoll (SPD) schätzte in ihrer Rede die Arbeit der Fraktionen der demokratischen Parteien ein.

So sagte sie über die Linkspartei: „ Die Fraktion DIE LINKE:

- setzt sich nachhaltig für die Umsetzung der Beschlüsse des VI. Altenparlamentes ein

- das geht aus diversen Anträge in den Fragestunden des Landtages hervor;

- besonders zu erwähnen ist der vehemente Einsatz für die Errichtung von Pflegestützpunkten, oder auch

- für die Umsetzung der UN - Behindertenrechtskonvention;

- gegen Zusatzbeiträgen zur Pflegeversicherung... „

Genossinnen und Genossen, nichts ist so vollkommen als es nicht besser werden kann.

So wurde das VII. Altenparlament als wichtiges Forum genutzt, um auf Defizite und Mängel hinzuweisen, die einer Änderung bedürfen. Im Klartext werde ich in loser Folge auf die drei Leitanträge sowie auf die Fragestunde an die anwesenden Ver-

treter der Fraktionen der demokratischen Parteien eingehen.

Ich war Mitglied des Organisationkomitees zur Vorbereitung des VII. Altenparlamentes.

Wir waren uns einig, dass sich mit der Zuspitzung der demografischen Entwicklung, sich auch andere Sichtweisen ergeben, die sich in den 3 Leitanträgen dann wieder spiegeln.

Es wurde von den Delegierten des VII. Altenparlamentes einstimmig ein Brief an die Bundeskanzlerin Frau Dr. Merkel verabschiedet. Darin wird darauf verwiesen, - bereits die Altenparlamente I - VI haben Beschlüsse bzw. Resolutionen zur Rentenangleichung zwischen Ost und West gefasst oder verabschiedet;

- Das VII. Altenparlament verzichtete auf so einen Beschluß, weil die Bundeskanzlerin auf dem Seniorentag 2009 in Leipzig versprochen hat in einem Zeitraum von zwei Jahren dieses Thema zur Erledigung zu bringen. Wörtlich heißt es am Ende des Briefes:

„ Wir haben nun das Jahr 2011 erreicht. Deshalb rechnen wir entsprechend ihrer Aussage

(auf dem Seniorentag 2009) bis zum Ende des Jahres (2011) mit einer Angleichung des aktuellen Rentenwertes Ost an West. Bitte informieren Sie die Delegierten über den aktuellen Stand der diesbezüglichen Vorbereitung (über den Landesseniorenbeirat MV).

Karl-Ludwig Spengler
Vorsitzender der AG Seniorenpolitik HRO

Gründung der Jungen LINKEN Rostock NordWest

Am ersten Juli gründete sich die Junge LINKE Rostock NordWest. Wir, ein Zusammenschluss von jungen Menschen in der Partei DIE LINKE wollen uns im Nordwesten Rostock verstärkt für die Belange der Menschen einsetzen.

Sozialkürzungen, fehlende Freizeitangebote und die zunehmende Verarmung großer Teile der Bevölkerung nehmen wir nicht einfach hin. Wir sehen es als unsere Aufgabe, Lösungen für kleine und große Probleme im nordwestlichen Teil unserer Hansestadt zu finden. Auch mit Neonazis in

unseren Vierteln finden wir uns nicht ab. Dabei wollen wir eng mit bereits existierenden linken Strukturen, wie der linksjugend [„solid“] zusammen arbeiten.

Wer weiteres Interesse an unserer Arbeit hat, kann sich gerne per Mail melden unter jungelinkerostock@yahoo.de, oder uns im Internet besuchen unter <http://julihro.blogspot.de>.

Termine aus HRO, GÜ und DBR

	Datum	Zeit	Veranstaltung	Ort	Raum
Mo	5. Jul. 2011	15:00 Uhr	Bürgersprechstunde MdL Regine Lück	Rostock	MGH Toitenwinkel
Di	12. Jul. 2011	20:00 Uhr	Stammtisch Junge LINKE	Rostock	"Gelbe Katze"
Mi	13. Jul. 2011	15:00 Uhr	Podiumsdiskussion bei der IHK Rostock, ua. Mit Helmut Holter	Rostock	IHK
Di	19. Jul. 2011	17:00 Uhr	Beratung Kreisvorstand	Rostock	Stephanstraße 17
Mi	20. Jul. 2011	15:00 Uhr	Beratung Stadtteilsprecher	Rostock	Stephanstraße 17
Di	26. Jul. 2011	16:00 Uhr	Eröffnung des Wahlcafes, Wahlkreisbüro W. Methling	Rostock	Lütten Klein
Do	28. Jul. 2011	16:00 Uhr	Buchlesung mit Christine Schmidt, "Die Pflögelüge"	Rostock	RFZ
Sa	6. Aug. 2011	10:00 Uhr	Friedensfest	Graal Müritz	Seebrücke
Di	9. Aug. 2011	20:00 Uhr	Stammtisch Junge LINKE	Rostock	"Gelbe Katze"
Sa	13. Aug. 2011	9:00 Uhr	1. Tagung 3. Landesparteitag	Rostock	Stadthalle
So	14. Aug. 2011	9:00 Uhr	1. Tagung 3. Landesparteitag	Rostock	Stadthalle
So	14. Aug. 2011	15:00 Uhr	Wahlkampfauftakt Landtagswahlen 2011	Rostock	Uniplatz
Di	16. Aug. 2011	17:00 Uhr	Beratung Kreisvorstand	Rostock	Stephanstraße 17
Mi	17. Aug. 2011	15:00 Uhr	Beratung Stadtteilsprecher	Rostock	Stephanstraße 17
Do	25. Aug. 2011	10:00 Uhr	Klausurtagung der Bundestagsfraktion	Rostock	
Fr	26. Aug. 2011	10:00 Uhr	Klausurtagung der Bundestagsfraktion	Rostock	
Di	30. Aug. 2011	17:00 Uhr	Beratung Kreisvorstand	Rostock	Stephanstraße 17
Di	30. Aug. 2011	10:00 Uhr	Klaus Ernst in Rostock	Rostock	
Mi	31. Aug. 2011	15:00 Uhr	Beratung Stadtteilsprecher	Rostock	Stephanstraße 17
Do	1. Sep. 2011	14:00 Uhr	Kundgebung zum Weltfriedenstag	Rostock	Markt Lütten Klein
So	4. Sep. 2011	8:00 Uhr	Landtagswahlen 2011 MV		
Do	22. Sep. 2011	16:00 Uhr	"Energieversorgung in der Zukunft" mit Prof. Wolfgang Methling	Rostock	Bürgerhus Groß Klein

**Cuba sí wird
20 Jahre alt**

Aus diesem Anlass und im Zusammenhang mit dem 26. Juli führen wir am **28.7. im Peter-Weiss-Haus** eine Veranstaltung durch. Ab 20 Uhr zeigen wir einen Film über Che Guevara, sprechen über den Parteitag der KPC und lassen den Abend bei Mojito und Musik ausklingen. Alle Kuba-Freunde sind dazu herzlich eingeladen. Nähere Erläuterungen im nächsten Klartext.

Marianne Bothe
AG Cuba sí beim Kreisvorstand Rostock

DIE LINKE.

„Yeaahh!“

Finanzkonzerne und Rating-Agenturen entmachten

„Dasselbe Rating-Kartell, welches durch falsche Urteile zur weltweiten Verbreitung giftiger Finanzpapiere beigetragen hat, spielt sich nun zum Richter und Henker über Staaten wie Griechenland auf. Nicht nur, dass sich die EU-Staaten die Kosten ihrer Staatsverschuldung von Standard & Poor's, Fitch und Moody's diktieren lassen. Auch auf die heikle Frage einer Umschuldung Griechenlands nehmen die Rating-Agenturen Einfluss – zugunsten der privaten Gläubiger natürlich. Diesem Treiben, das ganze Volkswirtschaften in den Ruin stürzen kann, muss endlich Einhalt geboten werden“, kommentiert Sahra Wagenknecht die Herabstufung der griechischen Kreditwürdigkeit durch Standard & Poor's. Die wirtschaftspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE weiter:

„Noch immer sitzen Staaten und Finanzinstitute auf Bergen von Schrottpapieren, deren Abschreibung enorme Kosten verursacht. Da Rating-Agenturen für ihre Urteile von den Finanzkonzernen bezahlt werden, hatten sie die hochriskanten Papiere einst mit Bestnoten versehen und damit zur globalen Verbreitung dieses Finanzgiftmülls beigetragen. Nun spielen sie das umgekehrte Spiel: Mit jeder Herabstufung der Kreditwürdigkeit von Staaten treiben

sie die künftigen Zinsen auf Staatsanleihen nach oben. Dies bedeutet, dass die Steuerzahler für die Profite der Banken und Vermögensbesitzer noch stärker bluten müssen. Und da sich die Abwärtsspirale mit jeder Herabstufung noch schneller dreht, sind irgendwann die Grenzen der Belastbarkeit überschritten und an eine Finanzierung über die Kapitalmärkte ist nicht mehr zu denken. Und auch dann sollen – wie im Fall Griechenlands – wieder die Steuerzahler aushelfen.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Haushalte der EU-Staaten vom Diktat der Finanzkonzerne und Rating-Agenturen befreit werden. Hierzu muss eine Bank für öffentliche Anleihen gegründet werden, bei der sich die EU-Staaten finanzieren können, ohne den Umweg über den Kapitalmarkt und die privaten Geschäftsbanken zu gehen. Eine derartige Abkopplung der Staatsfinanzen von den Finanzmärkten würde auch eine umfangreiche Entschuldung Griechenlands ermöglichen, ohne dass sich die Finanzierungsbedingungen für Staaten wie Portugal oder Irland verschlechtern. Darüber hinaus sollten sämtliche Gesetze geändert werden, die die Akteure auf den Finanzmärkten

Up un Dal



Gewinner:

Unser Genosse Michael Heinze. Seine Absetzung als Bürgermeister von Schönberg wurde nun vom Gericht für unrechtmäßig erklärt. Das wird die Zugezogenen natürlich ärgern, aber manchmal funktioniert der Rechtsstaat eben doch.

Verlierer:

Rostocks Oberbürgermeister Roland Methling. Rechtswidrige Verträge, Mobbing gegen selbstbewusste Köpfe in der Verwaltung, Fehde gegen die Bürgerschaft: Methlings selbstherrliches Regiment im Rathaus muss ein Ende finden.

**STOPPT
DEN KRIEG IN LIBYEN!**

dazu zwingen, sich an den Urteilen der Rating-Agenturen zu orientieren. Zumindest aber sollte das Kartell der privaten Rating-Agenturen durch Einrichtung einer öffentlichen europäischen Rating-Agentur gebrochen werden.“

von Sahra Wagenknecht

Aus der AG Geschichte

Am 16. Juni fand im Gemeinschaftshaus in Sanitz die Auswertung der Teller Gespräche und der Geschichte der Bodenreform mit Fritz Tack statt.

Die Veranstaltung wurde vom Genossen Peter Möller eröffnet, der das Wort gleich an Fritz Tack weitergab.

Thema Boden reform: Die Vier Mächte beschlossen die Bodenreform in Jalta und Potsdam. In der SBZ wurden Güter größer als 100 Hektar enteignet. Aber nicht alle Güter gelangten in die Bodenreform. Einige Güter wurden Versorgungsgüter der Roten Armee und später in VEGs umgewandelt. Die Bodenreform ist als historisches Ereignis zu werten, sagt Fritz. Flüchtlinge und Tagelöhner kamen so zu Land und stellten somit die Versorgung der Bevölkerung sicher.

Später wurden Themen wie die Privatisierung von Seen und Wälder und „Kein Bauernland in Spekulantenhands“ besprochen. In der anschließenden Fragestunde wurde u.a. gefragt: Wieso ist die Landwirtschaft so unterbelichtet im Parteiprogramm? Die Erben der Bodenreform stellten Fragen, genauso wurden mehrere Fragen zu genmanipulierter Saat gestellt. Eine gelungene Veranstaltung! Wer mehr über die Geschichte der Bodenreform wissen möchte, sollte sich das Buch Junkerland in Bauernhand von Hans Modrow und Hans Watzek im Verlag edition ost bestellen!!
Ralf Malachowski

Preisrätsel

Sie können gewinnen, wenn Sie die folgenden Fragen richtig beantworten und Ihre Antworten an die Redaktion schicken. Wer den KLARTEXT aufmerksam gelesen hat, dürfte kein Problem haben.

1. Wo fand die „Landesbasiskonferenz“ statt?
2. Wo findet der nächste Landesparteitag im August 2011 statt?

Die Gewinnerin/den Gewinner des Preisrätsels erwartet eine Buchspende der Rostocker Buchhandlung im Doberaner Hof.

Die Antworten richten Sie bitte per Post oder E-Mail an die Redaktion, ein Redaktionsmitglied oder an eine der drei Kreisvorstände Rostock, Güstrow oder Bad Doberan.

Einsendeschluss ist der 10.08.2011.